

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

RETTUNG DER ARBEITSPLÄTZE UND PRODUKTION

Der Halbleiterhersteller Infineon hatte Anfang des Jahres staatliche Hilfgelder zur Rettung von Qimonda abgelehnt und mit dieser Entscheidung den Chip-Hersteller in Dresden, mit noch ca. 3.000 Beschäftigten, von 3.900, in die Insolvenz getrieben, d.h. zur Zerschlagung frei gegeben. Die EU verbietet im Namen des unverfälschten Wettbewerbs jede Subventionierung für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Zum 1. April soll das Werk in Dresden, das größte Werk von Qimonda, stillgelegt werden. Für die Beschäftigten bedeutet das den Verlust des Arbeitsplatzes und den Übergang in eine Transfergesellschaft mit schmerzlichen Lohnverlusten – und wie die Erfahrung zeigt, einer Zukunft für die meisten KollegInnen als Hartz-IV-EmpfängerInnen.

Nur eine staatliche Beteiligung kann das endgültige Aus und „eine Zerschlagung und Einzelverwertung der Vermögenswerte (vermutlich) nach Asien verhindern“, warnt der Insolvenzverwalter Michael Jaffé.

Die Regierung Sachsens verlangt für eventuelle staatliche Hilfen die Vorlage eines „belastbaren Geschäftsplans“, d.h. nichts anderes als Umstrukturierungsmaßnahmen mit weiteren Entlassungen und Lohnsenkungen, den die EU vor der Genehmigung von Beihilfen prüfen wird.

Qimonda wurde auf den Ruinen von Robotron, ehemaliger Staatsbetrieb der DDR, aufgebaut, und zwar mit einem wesentlichen Anteil an staatlichen Subventionen, während die dort Beschäftigten von Anfang an im Bruch mit dem gewerkschaftlichen Tarifvertrag unterbezahlt wurden.

Die IG Metall fordert einen Einstieg Sachsens beim insolventen Speicherchiphersteller Qimonda: der Staat muss „vom Förderer zum Investor“ werden.

Qimonda, einer der sehr wenigen „industriellen Leuchttürme“, die nicht mit privaten Kapitalinvestitionen geschaffen, sondern durch Milliardensummen an



Staatsgeldern für private Investoren finanziert wurden, gehört zu den letzten Resten der industriellen Produktion in Ostdeutschland, die heute von den selben kapitalistischen Investoren, nach Abschöpfung horrender Gewinne, der Liquidierung ausgeliefert werden sollen. Diese industrielle Verwüstung zur Rettung der kapitalistischen Rendite liefert die Menschen Ostdeutschlands dem direkten sozialen Elend aus.

Kann es eine andere Antwort geben als die Verstaatlichung?

Es gibt kein anderes Mittel zur Verteidigung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung: den Unternehmenseignern muss die Entscheidung über die Schließung des Werks und Entlassungen aus der Hand genommen werden! Die Arbeitsplätze und Produktion, das gesamte Betriebsvermögen muss unter staatlichen Schutz gestellt werden. Die Milliarden-Gewinne, die die Beschäftigten erarbeitet haben, und die an die Anteilseigner und Finanzinvestoren geflossen sind, müssen zur Finanzierung der Produktion herangezogen werden, die unter der „Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, ihres unabhängigen gewerkschaftlichen Betriebsrates und der IG Metall fortzuführen ist“, wie es GenossInnen der

AfA in Hessen im Falle von Opel gefordert haben.

Die KollegInnen von Qimonda sind bereit und entschlossen, für den Erhalt ihres Werks, ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Ist es nicht notwendig, dass die IG Metall sofort alle Beschäftigten, die vereinte Kraft der ArbeitnehmerInnen und Bevölkerung, mobili-

siert, um von der Regierung zu verlangen:

Stellt Qimonda unter staatlichen Schutz. Nur so können die Arbeitsplätze und Produktion gerettet werden, damit die Region leben kann!

Verantwortung der DGB-Gewerkschaften – Mobilisierung für ein Entlassungsverbot!

Tagtäglich mehren sich die Meldungen über Stilllegungen, Produktionsverlagerungen und Entlassungen.

Kein einziger industrieller Arbeitsplatz darf mehr verloren gehen.

Ist es nicht dringlich notwendig, dass die IG Metall gemeinsam mit allen DGB-Gewerkschaften zu einer zentralen Demonstration in Berlin mobilisiert, um von der Regierung ein gesetzliches Entlassungsverbot für die private Wirtschaft wie für den öffentlichen Dienst zu fordern – wofür sich GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen mit ihrer Unterschriftensammlung für einen Offenen Brief an die Vorstände des DGB und der DGB-Gewerkschaften engagieren!

CARLA BOULBOULLÉ